

# WOHNEN

# FÜR

# ALLE.

## LINKS LU

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
151 · Ausgabe LU · Januar 2015

SP

## Bürgerliche Wohnpolitik: Nichtstun



Marcel Budmiger, Kantonsrat  
SP/JUSO-Fraktion

Für  
günstigere  
Mieten  
braucht es  
den Druck  
der SP.

**WOHNEN BETRIFFT UNS ALLE, DENN JEDER MENSCH BRAUCHT EIN DACH ÜBER DEM KOPF ZUM LEBEN. GEMÄSS ART. 41 UNSERER BUNDESVERFASSUNG SOLLEN SICH BUND UND KANTONE DAFÜR EINSETZEN, DASS «WOHNUNGSSUCHENDE FÜR SICH UND IHRE FAMILIEN EINE ANGEMESSENE WOHNUNG ZU TRAGBAREN BEDINGUNGEN FINDEN KÖNNEN». DAGEGEN STEHT DIE PROFITIERER VON INVESTOREN UND IMMOBILIENFIRMEN, DIE KAPITAL AUS DER BEFRIEDIGUNG DIESES GRUNDBEDÜRFNISSES SCHLAGEN WOLLEN – OFT MIT UNTERSTÜTZUNG DER BÜRGERLICHEN PARTEIEN.**

Gemäss dem Immobilienportal Homagate sind die Mieten im Kanton Luzern im letzten Jahr stark angestiegen – mehr sogar als in Zürich oder Genf. Dagegen unternommen wird in Luzern wenig und wenn doch, dann nur auf Druck der SP und ihrer Partner. In Sursee muss sich die Stadt dank einer SP-Initiative nun aktiv für die Schaffung und den Erhalt von erschwinglichem Wohnraum einsetzen. Und in der Stadt Luzern konnten mit der Initiative «für zahlbaren Wohnraum» (Erhöhung des Anteils an gemeinnützigem Wohnraum) und der Initiative «für eine lebendige Industriestrasse» (Abgabe des Areals im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger) gleich zwei wohnpolitische Pflöcke eingeschlagen werden. Trotz massivem Widerstand der Bürgerlichen setzte sich die SP an der Urne bzw. an der Gemeindeversammlung klar durch.

### Über Wohnen spricht man nicht

Während wir in den Gemeinden mit guten Initiativen Erfolge feiern können, hat die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat kein Verständnis für die wohnpolitischen Anliegen der Bevölkerung. Die Hauseigentümer und Immobilienfirmen haben bei den Bürgerlichen eine starke Lobby, wie man bei der Abstimmung über die Liegenschaftssteuer feststellen konnte. Ein Vorstoss der Grünen-Kantonsrätin Christina Reusser, welche einen Planungsbericht zum Thema Wohnen verlangte, wurde von GLP, CVP, FDP und SVP einstimmig abgeschmettert. Wohnen im Alter, Familienwohnungen und Unterkünfte für Studierende sollen nur in bürgerlichen Sonntagsreden angesprochen werden, nicht aber im Kantonsrat. Dass die Bevölkerung hier der Schuh aber gewaltig drückt, hat immerhin der Regierungsrat gemerkt. Mit einer öffent-

lichen Anstalt wollte er Gemeinden und Kirchgemeinden beim Bau von preisgünstigen Wohnungen unterstützen. Ein geeignetes Landstück in Ebikon zur konkreten Umsetzung war auch bereits gefunden. Umso ernüchternder, dass der Kantonsrat gegen den Willen von Regierung und der Standortgemeinde das Projekt gestoppt hat. Deshalb müssen wir unsere Anliegen auch auf kantonaler Ebene auf der Strasse zur Bevölkerung tragen. Die Geschäftsleitung der SP Kanton Luzern schlägt deshalb der Delegiertenversammlung vor, eine Initiative «Zahlbares Wohnen für alle» zu lancieren. Mit einem Immobilien-Vorkaufsrecht für Gemeinden und einem Wohnfonds bekommen wir ein wirksames Mittel für mehr günstigen Wohnraum im Kanton. Zwingen wir die Bürgerlichen hier klar Stellung zu beziehen: Seid ihr auf der Seite der Mietenden oder der Spekulanten?

WIE IN DER LETZTEN AUSGABE DES LINKS AUSFÜHRLICH BERICHTET WURDE, FÜHRTE DIE SP SCHWEIZ IM NOVEMBER DEN ERSTEN TEST DER TELEFONMOBILISIERUNG IN THUN DURCH. NUN IST ES SOWEIT, DASS DAS PILOTPROJEKT DAZU GROSSFLÄCHIG BEI UNS SOWIE IM KANTON ZÜRICH DURCHFÜHRT WERDEN KANN, DENN BEI UNS STEHEN DIE KANTONSRATS- UND REGIERUNGSRATSWAHLEN AN. ES WERDEN DAVON WICHTIGE ERKENNTNISSE ERWARTET, UM NOCH RASANTER IN DEN WAHLKAMPF DER NATIONAL- UND STÄNDERATSWAHLEN IM KOMMENDEN HERBST DURCHZUSTARTEN.

# Telefonmobilisierung jetzt auch bei uns – jede Hilfe zählt!

Im Auftrag der SP Kanton Luzern ist seit Januar ein vierköpfiges Team zuständig für die Telefon-Mobilisierung. Angeführt wird die Equipe von Sebastian Dissler, Parteisekretär. Das Team besteht ausserdem aus Lluvia Mosquera, Marco Niederberger sowie Yannick Gauch, der ebenfalls Mitglied des Sekretariats der SP Kanton Luzern ist.

In den vergangenen Wochen sind auf dem Sekretariat sowie in den Sektionen die Telefone und Mailboxen heissgelaufen, denn das Campaigner-Team ist im engen Kontakt mit allen – der Wahlkampf steht vor der Tür und es gibt vieles zu organisieren, neben den bewährten Mit-

teln wie Standaktionen, Postkarten, Plakaten usw.

Das gesteckte Ziel für den Kanton Luzern ist, den Wähleranteil zu steigern und zwei bis drei Sitze dazuzugewinnen. Um diese hochgesteckte Messlatte zu erreichen, sind die Sektionen auf viele tatkräftige Hände und RednerInnen angewiesen, welche mithelfen, die eigenen, persönlichen Kontakte abzarbeiten und so für die SP zu mobilisieren.

Wie bereits per SP-Newsletter an alle mitgeteilt wurde, findet am Samstag, 31. Januar, die erste Telefonaktion statt. Wir freuen uns, wenn so viele wie möglich mithelfen die Mitglieder zu kontaktieren,

damit wir ein starkes Team zusammenhaben für den Start im März. Wir suchen für die heisse Phase ab dem Wochenende des 7./8. März 2015 in allen Sektionen Mitglieder, SympatisantInnen und freiwillige Helfer.

Auf [www.sp-luzern.ch](http://www.sp-luzern.ch) werden die Daten der Telefonaktionen mit allen Details laufend aktualisiert – ausserdem gibt es auch die Möglichkeit sich direkt anzumelden – jede Hilfe zählt im Einsatz für einen besseren Kanton.

*Lluvia Mosquera, Campaignerin*

Wir brauchen auch Dich!

## AGENDA

### Februar

Mittwoch, 4. Februar  
Delegiertenversammlung,  
19.15 Uhr, Contenti, Luzern

Mittwoch, 25. Februar  
Sektionskonferenz, 19.15 Uhr

Samstag, 28. Februar  
Ordentlicher Parteitag, 13.15 Uhr,  
Gymnasium St. Klemens, Ebikon

### März

Sonntag, 8. März  
Abstimmungssonntag

Sonntag, 29. März  
Kantonsrats- und Regierungsratswahlen

Dienstag, 31. März  
Delegiertenversammlung

## Mass halten bei Stadtratslöhnen

**AM 8. MÄRZ 2015 STIMMT DIE STADTBEVÖLKERUNG ÜBER DIE SVP-INITIATIVE «200 000 FRANKEN SIND GENUG!» AB. DIE MITGLIEDER DER LUZERNER STADTRATES SOLLEN NUR NOCH MAXIMAL 200 000 FRANKEN (STADTPRÄSIDENTIN MAXIMAL 220 000 FRANKEN) IM JAHR VERDIENEN DÜRFEN. HEUTE ERHALTEN DIE MITGLIEDER DES STADTRATES RUND 247 000 UND DER STADTPRÄSIDENT RUND 260 000 FRANKEN.**

Zugegeben – es handelt sich um hohe Löhne. Verglichen mit den Abzockerlöhnen von Führungspersonen in der Privatwirtschaft sind die Stadtratslöhne dennoch moderat. Mit dieser Initiative zeigt die SVP einmal mehr ihr wahres Gesicht: Sie schert sich keinen Deut um Lohngerechtigkeit in der Privatwirtschaft (1:12, Mindestlohn- und Minder-Initiative) und stört sich andererseits an vergleichsweise moderaten Entgelten in der öffentlichen Verwaltung. Die Vermutung liegt nahe, dass die SVP die krachende Wahlschlappe der letzten Stadtratswahlen überhaupt nicht verdaut hat. Der Gegenvorschlag zur Initiative sieht vor, dass die Mitglieder des Stadtrates zwischen 226 000 und 237 000 und die Stadtpräsidentin/der Stadt-

präsident maximal 253 000 Franken verdienen. Damit erhalten die Mitglieder des Stadtrates 110 bis maximal 115 Prozent des Lohnes von Kaderangestellten der Verwaltung. Der Gegenvorschlag des Stadtrates ging weniger weit und wurde von der SP/JUSO-Fraktion noch verschärft. Der Gegenvorschlag ist nun ausgewogen, vernünftig und breit abgestützt und wurde von der SP/JUSO-Fraktion einstimmig befürwortet. Wir sagen Nein zu einer Schwächung der Verwaltung, lehnen deshalb die populistische SVP-Initiative klar ab und sagen Ja zum Gegenvorschlag (Stichfrage Gegenvorschlag).

*Claudio Soldati, Präsident SP Stadt Luzern*

**50 000 GÄSTE IM VERGANGENEN JAHR, EIN UMSATZ VON 1.1 MILLIONEN FRANKEN, 25 ANGESTELLTE MIT INSGESAMT 1400 STELLENPROZENTEN – UND DIES ALLES OHNE EINEN RAPPEN STEUERGELDER. DIE ZWISCHENNUTZUNG NEUBAD BRUMMT, HAT ABER DENNOCH KEINE GESICHERTE FINANZIERUNGSGRUNDLAGE. WARUM BLOSS?**

## Zwischennutzung «Neubad»: So geht es weiter

Der Betrieb im ehemaligen Hallenbad Biregg wäre an sich selbsttragend, Einnahmen und Ausgaben sind im Gleichgewicht. Aufgrund der mangelhaften Liquidität seit dem Abschluss der teuren, aber gesetzlich nötigen Bauarbeiten und dem damit eingeschränkten finanziellen Spielraum ist die Zwischennutzung aber jedes Mal akut gefährdet, wenn unvorhergesehene Kosten anfallen (aktuelles Beispiel: Heizkessel) oder eingeplante Einnahmen ausfallen (aktuelles Beispiel: Lotteriefondsgelder des Kantons Luzern).

Darum der Spendenaufruf kurz vor Weihnachten. Wir sind überwältigt von der Solidaritätswelle, die uns im Anschluss daran entgegengeerollt ist. 100 Neumitglieder, 40 neue GönnerInnen und viele

Spenden, teilweise Beträge von 1000 oder 2000 Franken.

Unser umfangreiches Fundraising bei Stiftungen und Fonds war und ist ein Aufwand, aber unter dem Strich sehr erfolgreich. Das Neubad ist ein attraktives Projekt und wäre ohne Drittmittel gar nie zustande gekommen. Diese Massnahmen reichen aber nicht aus, weshalb wir uns diese Attraktivität künftig für kommerzielle Sponsorings zunutze machen wollen. Firmen aus der Region und der ganzen Schweiz sind willkommen, mit uns individuelle Partnerschaften auszuarbeiten, welche für beide Seiten einen Mehrwert bringen. Gleichzeitig können wir beruhigen und ausschliessen, dass ab jetzt das Haus mit Firmenlogos volltapeziert wird. Dieses Gespür

**Das Neubad ist ein attraktives Projekt und wäre ohne Drittmittel gar nie zustande gekommen.**

für die Ambivalenz zwischen Kultur und Kommerz ist bei uns vorhanden.

Erstmals forcieren wir als weitere Massnahme gezieltes Mäzenatentum. Es braucht zwingend privates Geld, damit das Neubad der Bevölkerung erhalten bleibt. In den kommenden Wochen werden wir deshalb diverse Privatpersonen aus unserem erweiterten Umfeld anfragen und um konkrete finanzielle Unterstützung bitten.

An dieser Stelle deshalb der Aufruf an alle Luzernerinnen und Luzerner: Jede und jeder kann das Neubad aktiv und unmittelbar mit einem selbstgewählten Betrag substantiell unterstützen und den Weiterbetrieb somit mitsichern.

Mario Stübi, Vorstandsmitglied Verein Neubad, Grossstadtrat SP Luzern

## SP60+ Kanton Luzern stellt sich vor

Am 23. Oktober 2014 hat sich die SP60+ von Stadt und Kanton Luzern erstmals einem breiteren Publikum vorgestellt. Erfreulicherweise fanden sich zahlreiche Mitglieder der SP60+ und weitere Interessenten zu diesem Anlass ein. **Karl Gruber**, Zürich, Vorstandsmitglied von SP60+ Schweiz, schilderte uns die Entstehungsgeschichte der Broschüre «Politische Partizipation im Alter» der Arbeitsgemeinschaft Alter SP Kanton Zürich. Politische Partizipation bedeutet nicht nur Teilnehmen an

Wahlen und Abstimmungen, sondern meint, sich im Alltag gesellschaftlich zu engagieren und mitzugestalten.

Als Ergebnis dieser Information wurde die SP-Seniorengruppe der Stadt Luzern mit der Initiativgruppe SP60+ Kanton Luzern zusammengelegt. **Hansjörg Eicher** und **Margrit Grünwald** bilden neu das Co-Präsidium von SP60+. Am 22. November 2014 sind anlässlich des a.o. Parteitags in Adligenswil die Organisation und die Ziele von SP60+ des Kantons Luzern vorgestellt worden. Bei die-

Thomas Grünwald, Vorstandsmitglied SP60+ Kanton Luzern

Weitere Infos:  
[www.sp-ps.ch/de](http://www.sp-ps.ch/de)



sem Anlass sind die Mitglieder nach ihren Zielen und Bedürfnissen befragt worden. Im Kanton Luzern gibt es aktuell 270 SP-Mitglieder, die über 60 Jahre alt sind. Die SP60+ vertritt auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen die Sicht der älteren Generation und ist solidarisch mit jüngeren Generationen. Sie nimmt regelmässig Stellung zu politischen Themen zuhanden der SP Schweiz und bringt sich konkret auf kantonaler und regionaler Ebene ein.

**MIT DER VERÖFFENTLICHUNG DES FERNMELDEBERICHTES DES BUNDESRATS IM OKTOBER 2014 IST DIE DISKUSSION ZUR NETZNEUTRALITÄT NEU LANCIERT WORDEN. LEIDER FAND DAS THEMA IN DER ÖFFENTLICHKEIT BIS HEUTE WENIG RESONANZ, OBGLEICH DIE AUSWIRKUNGEN AUS DEMOKRATISCHER SICHT VON GROSSER TRAGWEITE SIND.**

# Die Netze sind frei ...



Giorgio Pardini,  
Kantonratsrat SP Luzern

Worum geht es? Das Internet ist ein Verbund von Netzwerken für den weltweiten Datenaustausch. Die stetig und rasant wachsende Menge des Datenvolumens stellt die Netzbetreiber vor grosse Herausforderungen. Wenn zu viele NutzerInnen gleichzeitig grosse Datenmengen herunterladen, können die Übertragungsleitungen überlastet werden, womit sich der Datenfluss verlangsamt. Netzbetreiber haben zwei Möglichkeiten, solche Datenstaus zu verhindern. Die eine Möglichkeit ist der permanente und teure Ausbau von Leitungen sowie die Einführung neuer Technologien wie der Glasfasertechnologie, um die Übertragungskapazität zu erhöhen und damit die Netzneutralität zu wahren. Die zweite Möglichkeit besteht darin, einzelne Datenpakete gegenüber anderen zu bevorzugen – entweder durch willkürliche Blockaden seitens der Netzbetreiber oder durch das Erheben von Gebühren. Beides führt dazu, dass die Netzneutralität nicht mehr gewährleistet ist.

## Freiheit und Investitionssicherheit

Die grossen Internetdienstleister möchten die Souveränität über ihre eigenen Netze behalten.

Sie wehren sich deshalb bis heute mit Erfolg gegen eine gesetzliche Verankerung einer Netzneutralität, die ihre Souveränität einschränken würde. Aus gewerkschaftspolitischer Sicht bestehen dabei zwei grundsätzliche Problemfelder. Einerseits muss gewährleistet sein, dass weiterhin weltweit ein uneingeschränkter Zugang zum Internet gewährleistet ist. Jeder Netzbetreiber muss sein Möglichstes dazu beitragen, die Daten so effizient wie möglich fliessen zu lassen. Zudem muss es weiterhin allen möglich sein, das Internet weiterzuentwickeln und eigene Dienste und Inhalte anzubieten, ohne jemanden um Erlaubnis bitten zu müssen. Diese Grundprinzipien gilt es zu festigen. Gleichzeitig gilt es aber auch die Investitionstätigkeiten der Anbieter zu sichern; Regelungen zur Netzneutralität dürfen nicht dazu führen, dass niemand mehr bereit ist, in die Netze zu investieren.

In den USA sind bis jetzt alle Bestrebungen gescheitert, die Netzneutralität gesetzlich zu verankern. In der EU sind seit 2009 Vorschriften erlassen worden. In der Schweiz bietet sich bei der geplanten Teilrevision des Fernmeldegesetzes die Möglichkeit, die Netzneutralität gesetzlich zu verankern. Der Bundesrat sieht allerdings zurzeit keinen Handlungsbedarf. Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut auf unserem Planeten, das keinesfalls der demokratischen Kontrolle entzogen werden darf, indem wir die Interpretation der Meinungsfreiheit dem Markt überlassen. Die Netzneutralität ist ein zentrales Element, um unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte zu sichern und zu stärken.

## Yannick Gauch stellt sich vor



### Geschätzte Genossinnen und Genossen,

Mein Name ist Yannick Gauch, ich bin 20-jährig und wohne in Luzern. Seit ich 2010 der JUSO und der SP beigetreten bin, bin ich ein begeisterter und überzeugter Sozialdemokrat. Von 2011 bis 2014 durfte ich die JUSO Luzern präsidieren und gewann so einen wertvollen Einblick in die politische Arbeit unserer Partei. Das Engagement in verschiedenen Arbeitsgruppen und parteiinternen Organen hat mir immer wieder Freude bereitet und mir das Gefühl gegeben, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit unseren Ideen und unseren Projekten den Kanton Luzern und die Schweiz weiter voranbringen und glaube an unsere Prinzipien: Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität. Neben meiner politischen Arbeit habe ich eine Lehre als Grafiker und Webdesigner gemacht und diese im vergangenen Jahr abgeschlossen. Ich freue mich auf die Herausforderungen, die auf Sebastian Dissler und mich auf dem Parteisekretariat zukommen. Dieses Jahr wird besonders spannend aufgrund der kommenden Wahlen. Ich bin überzeugt, dass wir mit dem nötigen Einsatz die Regierungs- und die Parlamentswahlen für uns entscheiden werden. Ich danke euch diesbezüglich bereits jetzt für eure Mitarbeit und euren Einsatz!

Mit solidarischen Grüessen  
Yannick Gauch, Parteisekretär  
SP Kanton Luzern

### IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Luzern,  
Theaterstrasse 7, 6003 Luzern,  
Telefon 041 311 05 85,  
info@sp-luzern.ch  
Adressänderungen:  
abo@spschweiz.ch  
Redaktion: Yannick Gauch  
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:  
16. Februar 2015

